

Angela Gradler-Gebecke

Minden, den 07.12.2014

Kanaluferstr. 2
32425 Minden

Sehr geehrter Herr Bolten,

danke für ihren ausführlichen Brief.

Unsere Partei steht für ein Stopp der Verhandlungen der TTIP- und TISA Abkommen. Das CETA -Abkommen dürfte nicht in Kraft treten, wenigsten müsste die Investitionsschutzklausel ausgeschlossen werden.

Für uns sind die Freihandelsabkommen ein weiterer Schritt die Macht der Konzerne über unsere Gesellschaften beiderseits des Atlantik zu stärken.

Wir können keine Verbesserungen unserer Lebenssituationen oder der Wirtschaftskraft durch die Ratifizierung von Freihandelsabkommen sehen.

Im Gegenteil gibt es mittlerweile Untersuchungen, die einen Arbeitsplatzverlust, Verlust der Wirtschaftskraft sowie der Arbeitseinkommen voraussagen.

Die Investitionsschutzklausel mit den daraus resultierenden Schiedsgerichten und dem einzurichtenden „Regulatorischen Rat“ sind eine direkte Gefahr für unsere Demokratie.

Diese wird sich unserer Meinung nach auch auf die Kreise, Städte und Gemeinden auswirken.

Wenn in Zukunft alle Gesetze und Regelungen auf die Gefahr hin eine Konzernklage zu provozieren, im Vorfeld abgestimmt werden, ist das eine Aushöhlung unserer Demokratie. Umweltauflagen, Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer, Löhne und Verbraucherschutz werden zu Handelshemmnissen.

Die Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Parlamente werden noch weiter eingeschränkt und sind Konzernklagen ausgesetzt.

Das die Verhandlungen im Geheimen geführt werden ist selbstredend und bestätigten eher unsere Befürchtungen.

Aus diesem Gründen stehen wir für ein Stopp der Verhandlungen ein.

In unserer Fraktion wurde über einen Antrag zur Positionierung der Stadtverordnetenversammlung zu den Verhandlungen der Freihandelsabkommen diskutiert.

Mit Blick auf den Beschluss des Stadtrates aus Oktober 2012 – Keine Fracking im Stadtgebiet Minden zuzulassen - ist eine kritische bis ablehnende Stellungnahme vielleicht möglich.

Allerdings möchten wir so einen Antrag auf eine möglichst breite Basis stellen. Der Stand der interfraktionellen Diskussion lässt unseres Erachtens dieses noch nicht zu.

Außerdem ist zu überlegen einen entsprechenden Antrag öffentlichkeitswirksam einzubringen. Dazu wäre eine Zusammenarbeit zwischen kritischen Bürgern und den antragunterstützenden Kommunalpolitikern sinnvoll.

Dazu ist aus unserer Sicht realistischerweise eher die Stadtverordnetenversammlung im Februar 2015 zu nutzen.

Ich hoffe, ich konnte ihnen den Standpunkt unserer Fraktion ausreichend darstellen.

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Entschuldigung für die späte Antwort.

A. Gradler-Gebecke
Angela Gradler-Gebecke